Jürgen Schneider

Einigkeit, Recht und Freiheit. 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990–2015)

Eine ordnungstheoretische Analyse



Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 132.3

In Kommission bei Franz Steiner Verlag Stuttgart

Jürgen Schneider Einigkeit, Recht und Freiheit. 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990–2015)

BWSG

BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALGESCHICHTE

BAND 132.3

Herausgegeben von Markus A. Denzel, Jürgen Schneider, Andrea Leonardi, Jürgen Nautz, Philipp R. Rössner, Margarete Wagner-Braun

Schriftleitung: Prof. Dr. Markus A. Denzel

Historisches Seminar Universität Leipzig Postfach 100920 04009 Leipzig

Redaktion:

Mechthild Isenmann Andrea Bonoldi Werner Scheltjens Sabine Todt

Jürgen Schneider

Einigkeit, Recht und Freiheit. 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990–2015)

Eine ordnungstheoretische Analyse



Umschlagabbildung:

© Bundesregierung / Klaus Lehnertz

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar.

© Jürgen Schneider

In Kommission bei Franz Steiner Verlag,

Stuttgart 2017

Druck: KM-Druck, Groß-Umstadt

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem

Papier. Printed in Germany

ISBN 978-3-515-11845-3 (Print)

ISBN 978-3-515-11848-4 (E-Book)

DRITTER TEIL

	Die Väter der deutschen Einheit: George Bush sen., Helmut Kohl, Michail Gorbatschow	13
	George Bush und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90 Von Horst Möller	
	Helmut Kohl – Kanzler der deutschen Einheit Von Horst Möller	
	Michail Gorbatschow und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90	
	Von A. A. Ganjlkin und A. S. Černjaev	30
I.	Der politische Rahmen: Mit dem Beitritt zur Bundes- republik Deutschland am 3. Oktober 1990 endete der totalitäre SED-Staat DDR	39
1.	Der "Kalte Krieg" und die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht von W. Daschitschew. Vom totalitären SED-Staat der DDR zur friedlichen rechtsstaatlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland	39
1.1.	Der "Kalte Krieg" und die Wiedervereinigung Deutschlands aus Sicht von W. Daschitschew	39
1.2.	Vom totalitären SED-Unrechtsstaat der DDR zur freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland	46
2.	Die unausweichliche deutsche Frage Von Eberhard Kuhrt	56
3.	Der Weg zur deutschen Einheit. Der Traum der Deutschen, in Einheit und Freiheit zu leben, wurde am 3. Oktober 1990 erfüllt Von Wolfgang Bergsdorf	84
4.	Friedlicher Aufstand und Revolution 1989/90. Aspekte des Aufstandpotentials: Stimmungen und Arbeitsbedingungen in Volkseigenen Betrieben	95
5.	Bürgerrechtsbewegung, Zusammenbruch der DDR, Fluchtbewegung, Öffnen des Eisernen Vorhangs, Volksaufstände, Fall der Berliner Mauer und Öffnen der innerdeutschen Grenze	118
5.1.	Bürgerrechtsbewegung Von Rainer Eppelmann und Gerd Poppe	118
5.2.	Zusammenbruch der DDR und deutsche Einheit Von Rainer Eppelmann und Manfred Speck	123

5.3.	Fluchtbewegung Von Bernd Eisenfeld	133
5.4.	Ungarn öffnet den Eisernen Vorhang (Juni / September 1989): DDR-Bürger fliehen über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland Deutsche Botschaft, Budapest	136
5.5.	Manuela Beckmanns Flucht über die bundesdeutsche Botschaft in Prag nach Nürnberg Von Hans-Peter Kastenhuber	149
5.6	Wende von unten – Leipzig 9. Oktober 1989. Die gescheiterte Gegenoffensive der Sicherheitskräfte Von Walter Süß	152
5.7.	9. November 1989: Der Tag, an dem die Berliner Mauer fiel Von Richard Schröder	166
5.8.	Das Öffnen des Eisernen Vorhangs an der innerdeutschen Grenze	175
5.8.1.	BLICK NACH "DRÜBEN" Von Andrea Thema	175
5.8.2.	Die innerdeutsche Grenze (1945-1989) und ihre Öffnung Von G. Arnold	184
5.8.3.	Der antifaschistische Schutzwall – Ursache des wirtschaftlichen Ruins der DDR? Von Hans-Gerd Adler	188
5.8.4.	Die Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9./11. November 1989 Von Hans-Gerd Adler	
5.8.5.	Ein großes Jahr. Die Hofer Region während der Friedlichen Revolution (1989/90) Von Arnd Kluge	204
5.8.6.	Elektrische Wiedervereinigung. Entstehung, Trennung und Zusammenschluss des Stromnetzes in Deutschland Von Walter Schossig	221
6.	Die ersten freien Wahlen in der Geschichte der SBZ / DDR am 18. März 1990: Legitimation für die Wiedervereinigung	231
6.1.	Der Geburtsmakel der DDR. Die Furcht der SED vor freien Wahlen Von Karl Wilhelm Fricke	231
6.2.	Die ersten freien Wahlen in der SBZ / DDR am 18. März 1990: Legitimation für die Wiedervereinigung Von Dieter Grosser	243

7.	Die internationale Durchsetzung der deutschen Wiedervereinigung Von Eberhard Kuhrt	248
8.	Der Staatsvertrag über die "Währungs-, Wirtschafts- und Sozial- union" trat am 1. Juli 1990 in Kraft Von Dieter Grosser	266
9.	"Kommt die DM – bleiben wir. Kommt sie nicht, dann gehen wir zu ihr": Währungsumstellung: Von der Binnenwährung DDR-Mark zur konvertiblen DM am 1. Juli 1990	272
9.1.	Das Herauslösen der sozialistischen Banken aus dem "einheitlichen sozialistischen Finanzsystem der DDR"	272
9.2.	Auf dem Weg zur Währungsunion (1989 bis zum 30. Juni 1990)	276
9.3.	Die Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik am 1. Juli 1990	289
9.4.	Währungsumstellung am 1. Juli 1990: Ein Erfahrungsbericht Von Arvid Mainz	302
9.5.	Mit einer Million Mark im Trabbi unterwegs Von Timm Kanning	313
9.6.	Aktivitäten der privaten Banken in den neuen Bundesländern	
10.	Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 Von Wolfgang Schäuble	327
11.	Der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 Von Henner Jörg Boehl	335
12.	Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur DDR-Aufarbeitung (1992-1998) und eine Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 1980er-Jahren	
12.1.	Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur DDR-Aufarbeitung (1992-1998) Von Rainer Eppelmann	337
12.2.	Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 1980er-Jahren	
13.	Die Wiedervereinigung der deutschen Sprache	
	Von Wolfgang Bergsdorf	345

II.	Wirtschaftsordnungspolitische Maßnahmen aus einem Guß: Transformation bei laufendem Betrieb	350
1.	Die Interdependenz von Staatsform und Wirtschaftsordnung. Die Grundprobleme des Wirtschaftens in Demokratien mit Marktwirtschaft und in totalitären Diktaturen mit politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaften	350
2.	Sondergutachten des Sachverständigenrats vom 20. Januar 1990. Wirtschaftsordnungspolitische Maßnahmen aus einem Guß bei der Modernisierung der fünf neuen Bundesländer: Privatisierung und Neu-Aufbau der Wirtschaft bei laufendem Betrieb	<u>356</u>
3.	Die Transformation des "einheitlichen Staatshaushalts der DDR": und die Gründung der Deutschen Kreditbank AG	372
3.1.	Die Transformation des "einheitlichen Staatshaushalts der DDR"	372
3.2.	Gründung der Deutschen Kreditbank AG am 19. März 1990 Von Horst Hartte	373
4.	Die Schlußbilanzen der Volkseigenen Betriebe der DDR zum 30.6.1990 bestätigen empirisch die These von Ludwig von Mises, dass eine Wirtschaftsrechnung in den Betrieben der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR unmöglich war Von Horst Hartte	380
4.1.	Die Ludwig von Mises-These von der Unmöglichkeit einer . Wirtschaftsrechnung in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	
4.2.	Schlußbilanzen der Volkseigenen Betriebe der DDR zum 30.6.1990: Ohne jegliche ökonomische Aussagekraft. Die Notwendigkeit von DM-Eröffnungsbilanzen zum 1.7.1990	383
4.3.	Vergleich mit den Goldmarkbilanzen von 1924 und Vergleich mit den DM-Eröffnungsbilanzen von 1948/49	385
4.4.	Vergleichende Betrachtung zwischen der Schlußbilanz in Mark der DDR zum 30.6.1990 und der DM-Eröffnungsbilanz zum 1.7.1990	387
4.5.	Auswertung der ersten hundert veröffentlichten DM-Eröffnungsbilanzen	401
4.6.	Ergänzende Bestätigung durch die Gesamteröffnungsbilanz der Treuhandanstalt	401
5.	Die Privatisierung des Volkseigentums durch die Treuhand anstalt (1990-1994)	403

5.1.	Volkseigene Betriebe (VEB) Von Klaus Krakat	403
5.2.	Detlev Karsten Rohwedder: Die Treuhand erfüllt ihren Auftrag: Schnelle Privatisierung – entschlossene Sanierung – behutsame Stilllegung	406
5.3.	Vom Plan zum Markt: Erfolge, die schmerzen Von Gerd v. Gusinski	
5.3.1.	Aus VEB wurden AG und GmbH	421
5.3.2.	Mitte 1990 wurde es ernst	428
5.3.3.	Zukunftsperspektiven eröffnen	436
5.4.	Privatisierte Unternehmen: Träger der wirtschaftlichen Erneuerung Von Gerd v. Gusinski	118
5.4.1.	Vom Plan zum Markt: Weitgehend geschafft	
5.4.1.		
	Notwendigkeit von Sanierung und Privatisierung	
5.4.3.	Investitionen und Arbeitsplätze als Übernahmebedingung	
5.4.4.	Investoren und ihre Motive	455
5.5.	Treuhandanstalt und der Zusammenbruch des RGW Von Hermann Clement	471
5.5.1.	Aufgaben und Ausgangslage für die Treuhandanstalt (THA)	471
5.5.2.	Abhängigkeit der DDR-Betriebe vom RGW-Markt	471
5.5.3.	Wegfall der Geschäftsgrundlage	473
5.5.4.	Wahrnehmung und Reaktion	
5.6.	Die Privatisierung des Handels in den neuen Bundesländern. Ein Überblick aus der Arbeit der GPH Gesellschaft zur Privatisierung des Handels mbH	450
	Von Wolfgang Bernhardt	478
5.7.	Kriminalität von Einzelakteuren und Wirtschaftskriminalität im Einigungsprozeß	490
5.7.1.	Privatisierung und Kriminalität Von Kari-Maria Karliczek	490
5.7.2.	Wirtschaftskriminalität im Einigungsprozess Von Kai Renken und Werner Jenke	499

5.8.	"Bild-Zeitung", das "Neue Deutschland", der "Spiegel", die "tageszeitung" und die "Superzeitung" stellten die THA eindeutig negativ dar. Von Hans Mathias Kepplinger unter Mitwirkung von Christian Kolmer	510
5.8.1.	Die Presseresonanz der THA	
5.8.1.1.	Qualitative Analysen: Fallstudien zur Liquidation, Sanierung und Privatisierung	
5.8.1.2.	Quantitative Analysen: Themen und Tendenzen der Berichterstattung	517
5.8.1.3.	Vergleich zwischen den Interessen der Anrufer beim Bürgertelefon und den Themen der Berichterstattung	522
III.	Die Hinterlassenschaft der SED-Nomenklatura: 23 Jahre (1965-1988) verschleppter Strukturwandel erfordert einen radikalen Neu-Aufbau bei laufendem Betrieb (1990-1994)	529
1.	Der verschleppte Strukturwandel: Die DDR besaß 1988 eine Struktur der Wirtschaft wie die BRD 1965	
2.	Das Aus für die Kombinate	531
3.	Arbeitsmarkt: Problem Nr. 1. Verdeckte und offene Arbeitslosig- keit in den neuen Bundesländern	533
4.	Veraltete Strukturen, verschlissener Kapitalstock und personelle Überbesetzung	538
5.	Außenwirtschaftliche RGW-Zwänge und ihre Folgen	542
6.	Schwierige Integration – massive Unterstützung	548
6.1.	Aufbau einer effizienten Verwaltung	549
6.2.	Enorme Finanztransfers	551
7.	Marktanteile hart umkämpft	554
8.	Die Privatisierung durch die Treuhand setzt Zukunftszeichen. Suche nach Investoren. Der Auftrag der Treuhand und seine Realisierung	557
9.	Investitionsmotive westdeutscher und ausländischer Unternehmen in den Neuen Bundesländern	
10.	Reges Gründungsgeschehen: Handwerk und Freie Berufe	564

11.	Die radikalen ordnungspolitischen Maßnahmen aus einem Guß machen die Neuen Bundesländer zur stärksten Wachstumsregion von allen früheren sozialistischen Ländern in Ost-Europa	571
IV.	Die fünf neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung: Eine ökonomische und ökologische Zwischenbilanz (1990-2015)	573
1.	Der Neuaufbau der Wirtschaft und der Landwirtschaft	
1.1.	Der Neuaufbau der Wirtschaft Von Udo Ludwig	573
1.1.1.	Der Übergang von der Zentralplanwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft	573
1.1.2.	Die Rückkehr zu privatwirtschaftlichen Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln	<u>579</u>
1.1.3.	Die Modernisierung der Wirtschaft	587
1.1.4.	Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen	592
1.1.5.	Gesamtwirtschaftlicher Aufholprozess	598
1.2.	Transformation der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern Von Eberhard Schulze	607
1.3.	Der Neuaufbau der Landwirtschaft Von Udo Ludwig	621
2.	Ökologische Zwischenbilanz Von Karl Mannsfeld	
3.	Familienunternehmen – radikal anders und äußerst erfolgreich Von Arnold Weissman	
4.	Die Symbolkraft des Wiederaufbaus der Dresdner Frauenkirche für den Neubeginn im vereinten Deutschland Von Karl Mannsfeld	
Auswal	nlbibliographie	661

DRITTER TEIL

Einigkeit, Recht und Freiheit 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung (1990-2015)

Die Väter der deutschen Einheit: George Bush sen., Helmut Kohl, Michail Gorbatschow

George Bush und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90¹ Von Horst Möller

Wäre es ohne die USA 1989/1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands gekommen? Die Frage ist spekulativ, zeigt aber das Problem: Vom Frühjahr 1989 bis zum Sommer 1990 gab es zahlreiche wichtige Akteure im diplomatischen Prozess, der die Wiedervereinigung herbeiführte. Drei Staatsmänner aber spielten eine zentrale Rolle: der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbačev und der amerikanische Präsident George Bush sen. Zwar standen sie in diesem weltpolitischen Schachspiel nicht allein, auch andere Staatsmänner sowie ihre politischen und diplomatischen Berater nahmen wichtige Aufgaben wahr, beispielsweise die Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Eduard Ševardnadze und James Baker, doch ohne die drei erstgenannten führenden Politiker wären die Verhandlungen anders verlaufen: Die politische Mitwirkung der amerikanischen und der europäischen Regierungen war unterschiedlich, Zustimmung und Ablehnung waren ebenso wie der jeweilige Zeitpunkt für ihr Engagement verschieden; bei fast allen Akteuren veränderte sich während weniger Monate ihre Haltung.

Die einleitende Frage bleibt hypothetisch, nicht aber die folgende Feststellung: Präsident Bush hat früher als andere Staatsmänner den weltpolitischen Wandel infolge der Auflösung der kommunistischen Diktaturen erkannt und in diesem Prozess früher als alle anderen eine Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands gesehen. Er ist jedoch noch weitergegangen, er hat diese Möglichkeit begrüßt. Und während der dritte entscheidende Akteur, die sowjetische Führung, nur widerwillig und zögerlich diese Richtung einschlug, war Bush neben Kohl derjenige, der die Wiedervereinigungspolitik mit Energie vorangetrieben hat. Allerdings gab es auch in der amerikanischen Administration unterschiedliche Positionen, außerdem banden die USA ihre Unterstützung an Bedingungen, ohne deren Erfüllung sie der Wiedervereinigung nicht zugestimmt hätten.

Bereits am 12. Mai 1989 schrieb Präsident Bush vertraulich an Bundeskanzler Kohl, "dass sich uns eine historische Chance bietet", die Ost-West-Beziehungen zu

Gekürzter und bearbeiteter Text eines Vortrags bei der "Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen", Sept. 2003, in: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Herausgegeben im Auftrag der Gemeinsamen Kommission von Horst Möller und Aleksandr Cubarjan, Bd. 3, München 2008, S. 38-49.

verändern.² Welche Konsequenzen daraus für Deutschland zu ziehen waren, blieb zu diesem Zeitpunkt allerdings offen. Noch im Herbst 1989 zeichneten sich zwei Denkschulen in der amerikanischen Administration ab: Sie stimmen aber in der grundlegenden Diagnose überein, dass der weltpolitische Wandel eine nachhaltige Veränderung der innerdeutschen Beziehungen herbeiführen werde. Die Differenz lag im Ausmaß dieser Konsequenz. Außenminister James Baker sprach in einer Rede am 16. Oktober 1989 in New York vor der Foreign Policy Association noch von "reconciliation", Bush hingegen in einem Interview mit der New York Times am 24. Oktober, das unmittelbar nach einem Telefongespräch mit Kohl stattfand, von "reunification". Der amerikanische Präsident erklärte unter anderem: er teile nicht die Sorge einiger europäischer Länder hinsichtlich einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands, er befürchte keinen deutschen Neutralismus. Es sei Aufgabe der deutschen, britischen und französischen NATO-Partner, sich über dieses Thema zu verständigen.

Der Führer der demokratischen Mehrheit des amerikanischen Senats, George Mitchell, bezeichnete die Wiedervereinigung sogar schon im Oktober 1989 als "unvermeidlich". Die Mauer werde in relativ kurzer Zeit abgerissen werden, es werde zu einem "gewissen Grad an größerem Föderalismus zwischen Ost- und Westdeutschland" kommen.³

Warum erwiesen sich die USA so aufgeschlossen gegenüber der konstruktiven Lösung der deutschen Frage?

Eine Reihe langfristiger Gründe standen neben kurzfristigen. Die langfristigen nenne ich nur summarisch, die unmittelbare Vorgeschichte behandle ich etwas ausführlicher.

1. Schon während der Besatzungsjahre steuerten die Amerikaner früher und intensiver als die anderen Besatzungsmächte auf den Wiederaufbau einer deutschen Demokratie zu. Sie betrachteten die Teilung als Ergebnis des Kalten Krieges und setzten auf eine schnelle politische, ökonomische und verteidigungspolitisch-strategische Integration der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. Im Laufe der Jahrzehnte war die Bundesrepublik auch ökonomisch zu einem der wichtigsten Partner der USA geworden. Da die Amerikaner selbst in großräumigen Kategorien dachten, lag für sie die Integration Europas auch im amerikanischen Interesse. Die Zweiteilung Europas betrachteten die USA nicht als endgültig. Stärker als andere Staaten des Westens verbanden sie die militärische Sicherung mit einer politischen Mission zugunsten der weltpolitischen Ausdehnung der demokratischen Staaten. Aufgrund dieser Ausgangsbasis standen für die amerikanische Politik militärische Scherung des Westens, Antikommunismus und Demokratisierung Osteuropas, die Ostdeutschland einbezog, in einem Zusammenhang. Die damals naiv erscheinende Berliner Rede, die Präsident Ronald Reagan vor dem Brandenburger

_

Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Dokumentation der Preisverleihung an George Bush am 13. November 1999. Sonderausgabe. Politische Studien, München 1999, S. 60, 63 f., 75.

Zusammenfassung dieser Äußerungen in einem Bericht Teltschiks für Bundeskanzler Kohl am 24. Oktober 1989, in: ebd., S. 465-467.

Tor an die Adresse des sowjetischen Generalsekretärs richtete: "Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor, reißen Sie diese Mauer nieder!", zielte zwar – wie alle vergleichbaren Reden – auf den öffentlichkeitswirksamen rhetorischen Effekt, besaß aber zugleich eine ideelle, auf Demokratisierung und Freiheit ausgerichtete Komponente.

2. Die kurzfristigen Gründe für die Sensibilität der amerikanischen Führung in Bezug auf die deutsche Frage lagen in der Sicherheitspolitik. Die neue amerikanische Regierung Bush bereitete seit 1987 eine außen- und sicherheitspolitische Bestandsaufnahme vor. Sie behandelte auch Perestroika und Glasnost' in der Sowjetunion und sollte Grundlage des außenpolitischen Konzepts der Bush-Administration werden. Aus Präsident Bushs erster diesbezüglicher Weisung an den Politischen Koordinierungsausschuss ging die Analyse unter dem Titel "Nationale Sicherheitsüberprüfung – Westeuropa 12" (NSR 12) hervor. In ihr findet sich eine zusammenhängende Darstellung der Beziehungen der USA und Westeuropas zur Sowjetunion unter dem Aspekt der Verteidigungspolitik und der Rüstungskontrolle.

Weitere Analysen folgten, doch waren es, wie Philip Zelikow – damals außenpolitischer Berater in der Bush-Administration – und Condoleezza Rice feststellten, nicht die Analysen, sondern die Ereignisse, die eine Wendung herbeiführten. Bush wollte vermeiden, dass sich die Niederschlagung von Reformbewegungen durch sowjetische Truppen wie in Ungarn 1956 und Prag 1968 wiederholte. Er wartete deshalb, bis das Solidarność-Verbot in Polen aufgehoben wurde, bevor er am 17. April 1989 ein offizielles Signal gab: Hilfe aus dem Westen könne gleichzeitig mit einer Liberalisierung in den osteuropäischen Staaten erfolgen.

"Der Westen kann jetzt eine kühne Vision der Zukunft Europas mutig Vorschlagen: Wir träumen von dem Tag. an dem es keine Schranken für die Bewegungsfreiheit von Menschen, Waren und Ideen mehr gibt".⁴

Präsident Bush verfolgte von Beginn seiner Amtszeit an viel weitergehende Ziele als die führenden Beamten des Außenministeriums, er wünschte eine Revision der gesamten Europapolitik, die den Auflösungserscheinungen innerhalb der kommunistischen Diktaturen Rechnung trug. In Bezug auf die Deutschlandpolitik wurden die beiden unterschiedlichen Positionen schon im März 1989 deutlich: So betrachtete die Leiterin des Koordinierungsausschusses für Europapolitik, die frühere amerikanische Botschafterin in der DDR Rozanne Ridgway den Status quo als Basis des Friedens, sie hielt es – in Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung im amerikanischen Außenministerium – nicht allein für voreilig, sondern auch für unklug, die deutsche Frage von amerikanischer Seite aufzugreifen. Demgegenüber verraten andere Mitglieder des Ausschusses, Philip Zelikow und Robert Blackwill, die USA müssten ihrerseits in der deutschen Frage in die Offensive gehen, wenn

⁴ Zelikow, Philip / Rice, Condoleezza: Sternstunden der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas. 2. Aufl., Berlin 1997, S. 54.

der Kalte Krieg sich dem Ende nähere.⁵ Auch innerhalb der CIA sowie bei den Vereinigten Stabschefs bestanden analog die beiden Positionen. Außenminister James Baker und seine engsten Berater repräsentierten eher die Status-quo-Politik.

Damit sind die beiden hauptsächlichen Denkschulen bezeichnet, es hing nun zum einen von der politischen Entwicklung selbst ab, zum anderen von der Zielsetzung des amerikanischen Präsidenten. Dabei kam es entscheidend auf die Reaktion an, denn das Tempo der Entwicklung bestimmten nicht die Politiker des Westens. Dies haben nicht nur Diplomaten verkannt, sondern auch Staatsmänner wie François Mitterrand. Doch anders als Margaret Thatcher, die aufgrund ihrer Starrheit und ihres Denkens in Klischees zu einer realistischen außenpolitischen Diagnose unfähig war, erwies sich der französische Staatspräsident nach anfänglich eher hinhaltendem Widerstand als flexibel. Seit dem Zusammentreffen mit Bundeskanzler Kohl in Larché am 4. Januar 1990 modifizierte er seine Haltung, dadurch gewann er im Zusammenwirken mit Kohl Einfluss, zwar nicht auf den Prozess der Wiedervereinigung im engeren Sinn, aber auf ihre europapolitische Einbindung.

Je stärker sich in den USA im Laufe der Monate die Waage zu einer offensiven Europa- und Deutschlandpolitik neigte, desto mehr geriet die britische Politik in die Isolation, zumal sie zunächst ähnlich wie Mitterrand auf Gorbačevs Weigerung vertraute, die sowjetische Deutschlandpolitik zu verändern; einmal mehr erwies sich, dass amerikanisch-britische Kooperation nicht so selbstverständlich ist, wie es heute erscheint.

Aus Anlass der Europareisen des amerikanischen Präsidenten mit dem 40-jährigen NATO-Jubiläum als Höhepunkt stand im Übrigen eine neue sicherheitspolitische Initiative auf der Tagesordnung. Innerhalb der NATO und in der Bundesrepublik gab es Streit über eine Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen (Lacos), innerhalb der amerikanischen Administration vertraten der Sicherheitsberater von Präsident Bush, Brent Scowcroft, und sein Stab die Auffassung, die USA hätten das konventionelle Gleichgewicht in Europa zu lange vernachlässigt, eine sicherheitspolitische Initiative sei an der Zeit. Ergebnis war der Vorschlag, sehr zügig zu einer dramatischen Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa zu gelangen und so das konventionelle Gleichgewicht herzustellen.

Tatsächlich bot der Brüsseler NATO-Gipfel am 29. und 30. Mai 1989, der durch die amerikanische Diplomatie mit geheim gehaltenen Informationsreisen zu den wichtigsten Partnern vorbereitet wurde, die beste Gelegenheit. Der stellvertretende Außenminister Lawrence Eagleburger und Robert Gates, Stellvertreter Scowcrofts, wurden zu Margaret Thatcher, François Mitterrand und Helmut Kohl gesandt. Nicht nur der NATO-Gipfel wurde ein großer Erfolg für die amerikanische Politik, die hier nicht allein ihre machtpolitische, sondern ihre konzeptionelle Führungsrolle bewies. Auch die anschließenden Pressekonferenzen und die Reise Bushs durch die Bundesrepublik boten Gelegenheit, die neue Vision vom Ende des Kalten Krieges, dem Ende der weltpolitischen Teilung und der Teilung Europas zu

⁵

verkünden sowie schließlich in diesem Kontext eine Lösung der deutschen Frage anzudeuten.

Wie reagierten die USA auf die dramatischen Veränderungen vom Oktober und November 1989? Die prinzipielle Bereitschaft zur konstruktiven Lösung der deutschen Frage war seit Monaten erkennbar. Präsident Bush musste sich durch die Entwicklung bestätigt fühlen, die Frage war, zu welchen Bedingungen die USA die Wiedervereinigung selbst aktiv betreiben wollten, nicht aber mehr, ob sie sie prinzipiell wollten. In der amerikanischen Außenpolitik gewann diejenige Denkschule an Boden, die für Präsident Bushs konstruktive Deutschlandpolitik eintrat. Präsident Bush hatte in seiner Rede am 31. Mai 1989 in Mainz konkret an Reagans Berliner Appell angeknüpft:

"Wie in Ungarn müssen überall in Osteuropa die Grenzen fallen. Nirgends wird die Trennung zwischen Ost und West deutlicher als in Berlin. Dort trennt die brutale Mauer Nachbar von Nachbar, Bruder von Bruder. Diese Mauer ist ein Monument des Versagens des Kommunismus. Sie muss fallen".6

Der Unterschied zur Rede Reagans lag in der Situation. Zum einen sprach Bush vom "Versagen des Kommunismus" zu einem Zeitpunkt, als das System an vielen Stellen zu bröckeln begann, zum anderen verwies er auf Ungarn, wo die Auflösung schon weit fortgeschritten war. Ungarn sollte wenige Monate später eine noch entscheidendere Rolle spielen, als Ministerpräsident Miklós Németh und Außenminister Gyula Horn nach Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher die Grenze nach Österreich öffneten und damit der Fluchtweg aus der DDR über Ungarn offen war. Nachdem auch für die 6.000 DDR-Flüchtlinge in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag Ende September eine Lösung durch Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung gefunden worden war, hatte die Mauer Löcher bekommen, bevor sie tatsächlich am 9. November geöffnet wurde.

Auf der anderen Seite war nicht klar, wie die Sowjetunion reagieren würde, die auf dem vergleichsweise kleinen Territorium der DDR (110.000 km²) nahezu 400.000 Angehörige der Roten Armee stationiert hatte. Auch Kurzschlusshandlungen der sowjetischen Armee oder der DDR-Führung, die immerhin über die Nationale Volksarmee und paramilitärische Einheiten der Volkspolizei verfügte, waren in dieser dramatischen Situation nicht ausgeschlossen. Die Zahl und die Teilnehmer der Demonstrationen gegen das DDR-Regime wuchsen ständig, die Situation wurde beinahe täglich kritischer. Die Destabilisierung des Warschauer Paktes und der kommunistischen Regime barg also durchaus Gefahren. Aber noch am 9. November sagte Baker in einem Telefongespräch zu Genscher:

"Die Vereinigten Staaten begrüßen die dramatischen Ereignisse, aber es ist noch ein langer Weg von der Reisefreiheit bis zur Vereinigung. Vielleicht ist es voreilig, die Vereinigung jetzt anzusprechen".

Baker, James Addison: Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996, S. 150 f.

Andererseits hatte der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Vernon Walters – ohne von Baker dazu autorisiert zu sein – im Herbst 1989 mehrfach öffentlich die Wiedervereinigung prophezeit. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass öffentliche Erklärungen der Beteiligten damals den Zweck hatten, den Boden jeweils für die eigenen Vorstellungen zu bereiten.

Im November lautete die Frage nicht mehr, ob die USA die Wiedervereinigung im Prinzip wollten, sondern zu welchen Bedingungen sie die Wiedervereinigung selbst aktiv betreiben würden. In der amerikanischen Außenpolitik hatte sich diejenige Denkschule durchgesetzt, die für die Wiedervereinigung, und damit Präsident Bushs Politik eintrat. Außenminister James Baker hat in seinen Erinnerungen "The Politics of Diplomacy" (1995) diesen Prozess beschrieben. So mussten beispielsweise noch im September Redeentwürfe mehrmals überarbeitet werden, damit die Presse nicht die unterschiedlichen Positionen innerhalb der amerikanischen Außenpolitik heraushören konnte. In diesem Fall hätte die sowjetische Politik vermutlich versucht, mit der ihr genehmeren Richtung eine restriktive Politik in der Wiedervereinigungsfrage durchzusetzen. Zu Recht konstatierte Baker:

"In gewisser Weise ist die internationale Politik ein ständiger Verhandlungsprozess. 1989, als der Niedergang der Großmacht Sowjetunion sich abzeichnete,
gab es keine kritischeren Verhandlungen als jene, die die Art und Weise dieses Niedergangs regeln sollten. Imperien entschwinden nicht einfach still in die Nacht;
Macht wird selten einfach abgegeben, friedliche Transitionen sind die Ausnahme.
Zwar war bis Jahresmitte ziemlich sicher, dass die Sowjets ihre Positionen rund um
den Globus abbauen würden, doch die entscheidende Frage lautete: Wie weit wird
der Kreml tatsächlich gehen?"

So war Gorbačev sehr verärgert, als Präsident Bush nach dem NATO-Gipfel im Juli 1989 nach Polen und Ungarn reiste und dort begeistert begrüßt wurde. Bushs Triumph wurde zu Recht als Niederlage der Sowjetunion in ihrer eigenen machtpolitischen Einflusszone, also innerhalb des Warschauer Pakts, angesehen. Auch die deutsche Frage war eingebettet in die gesamte transatlantische Politik der USA.

Als die Zielrichtung klar war, kristallisierten sich Ende November 1989 vier Bedingungen der amerikanischen Politik heraus. Anlass war der 10-Punkte-Plan, den der Bundeskanzler am 28. November im Deutschen Bundestag ohne Absprache mit irgendeiner Regierung oder auch nur seinen Ministern vorgetragen hatte. Washington erkannte, dass Kohl damit das Gesetz des Handelns an sich gerissen hatte und wollte ihn bremsen bzw. das Verfahren bestimmen. Die vier amerikanischen Bedingungen lauteten:

 Ohne verschiedene Varianten der Wiedervereinigung auszuschließen, musste das Prinzip der Selbstbestimmung der Deutschen, in dieser Situation also der DDR-Bevölkerung, gelten.

⁷

- Die deutsche Vereinigung müsse im Kontext der dauerhaften Verankerung des vereinigten Deutschland in der NATO und der sich weiter integrierenden Europäischen Gemeinschaft erfolgen. Dabei mussten die alliierten Rechte in Deutschland berücksichtigt werden.
- 3. Die Vereinigung musste schrittweise und friedlich erfolgen.
- 4. Die Unverletzlichkeit der Grenzen, wie sie in der Schlussakte der KSZE in Helsinki gefordert wurde, musste auch für ein vereinigtes Deutschland gelten. Konkret bedeutete dies die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnischer Grenze durch das vereinigte Deutschland.⁸

Für die USA galt im Übrigen die gleiche Verpflichtung wie für Frankreich und Großbritannien. Sie alle hatten sich im Deutschlandvertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954 in Artikel 7 verpflichtet, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen, trotzdem stellte sich für die amerikanische Regierung die Frage, wie es gelingen konnte, den Einklang zwischen Washington, Paris, London und Bonn herzustellen. Am 2./3. Dezember aber wartete auf den amerikanischen Präsidenten nicht allein die Frage der westalliierten Abstimmung, sondern das erste persönliche Treffen mit Gorbačev, der zu diesem Zeitpunkt nicht allein den amerikanischen Bedingungen, sondern der Wiedervereinigung überhaupt ablehnend gegenüberstand.

Die Präsidentenberater Robert D. Blackwill, Condoleezza Rice, Philip Zelikow und Dennis Ross rieten dem Präsidenten für das Treffen auf dem Kreuzer "Maxim Gorki" vor Malta, weiterhin am Ziel der Wiedervereinigung festzuhalten, aber den Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz zurückzuweisen. Bushs Eindruck von dem Treffen war fälschlicherweise, dass Gorbačev die Wiedervereinigung nicht grundsätzlich ablehne, aber Vorsicht beim Verfahren verlange. Deshalb legte der amerikanische Präsident anschließend den Bundeskanzler darauf fest, vernünftig und nicht zu schnell zu agieren, um Gorbačev nicht in Bedrängnis zu bringen. Der Zehn-Punkte-Plan dürfe nicht als Zeitplan verstanden werden. NATO-Mitgliedschaft und zunehmende europäische Integration mit dem vereinigten Deutschland als Mitglied seien unverzichtbare Voraussetzungen. Kohl stimmte Letzterem zu, wollte aber möglichst schnell freie Wahlen in der DDR und eine anschließende Konföderation beider deutscher Staaten als nächsten Schritt zur Wiedervereinigung.

Tatsächlich stellte sich aber schon bald heraus, dass Gorbačev keineswegs so weit gehen wollte. Er habe nichts gegen eine Demokratisierung der DDR, gehe aber von ihrer Fortexistenz und ihrem Verbleib im Warschauer Pakt aus, die Einheit könne als Endziel betrachtet werden. Während der nächsten Wochen verschärfte sich die Situation, während gleichzeitig innerdeutsche Verhandlungen über westliche Wirtschaftshilfe, freie Wahlen, Zeitplan und mögliche Formen der Vereinigung stattfanden. Beim Besuch Kohls in Dresden am 19. Dezember kam er nicht allein

Ebd., S. 160. Zelikow / Rice: Sternstunden, S. 115. Küsters / Hofmann: Deutsche Einheit, S. 65.

mit Ministerpräsident Modrow zusammen, um diese Fragen zu besprechen, sondern sprach auch zu Hunderttausenden. Der Ruf während der Demonstrationen, "Wir sind das Volk!" wurde zu "Wir sind ein Volk!". Die Dynamik der Bürgerrechtsbewegung in der DDR gewann zunehmend Einfluss auf die internationale Diplomatie und bestärkte Kohl in dem Ziel, die Weichen für die Wiedervereinigung unwiderruflich zu stellen. Dabei blieben die zögerlichen Reaktionen aus dem Westen, die prinzipielle Unterstützung Washingtons und die Ablehnung durch Moskau auszutarieren. Die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, die für diese selbst, aber auch für Washington eine unverzichtbare Bedingung der Wiedervereinigung blieb, stellte bis zum Sommer 1990 das größte Hindernis dar. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen von Seiten Washingtons und Bonns mit Moskau, um diese Bedingung durchzusetzen.

In der zweiten Hälfte des Januar 1990 legten die Regierungen in Washington, Moskau und Bonn den Fahrplan und die Verfahrensweise fest. Washington sah sich vor drei zentrale Herausforderungen gestellt:

- 1. Wie schnell sollte die Wiedervereinigung realisiert werden?
- 2. Wie sollten die außenpolitischen bzw. internationalen Aspekte der Wiedervereinigung geregelt werden?
- 3. Welche Bedingungen könnten die NATO-Partner akzeptieren?

Für Washington bestand vor allem das Problem, seine in völliger Übereinstimmung mit der Bundesregierung und den NATO-Partnern formulierte Bedingung der dauernden NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland nicht zum Bumerang werden zu lassen. Die Sowjetunion hätte andernfalls den Spieß umdrehen können. Sie hätte behaupten können, nicht sie, sondern die USA hätten die Wiedervereinigung durch die für die Sowjetunion unakzeptable Bedingung der NATO-Mitgliedschaft verhindert.⁹

Über das Prozedere, nicht das Ziel, bestanden noch Differenzen zwischen dem State Department und dem Stab des Präsidenten. Sie betrafen die Frage, welche Bedeutung der Sowjetunion im Prozess der Wiedervereinigung zukommen solle und welcher Zeitplan vorzusehen war. Die Präsidentenberater im Weißen Haus plädierten aus Rücksicht auf die Deutschen für eine schnelle Wiedervereinigung, sofern es um die inneren Probleme gehe, aber für eine gewisse Verzögerung der außenpolitischen Verhandlungen, um Zeit für die Verhandlungen mit der Sowjetunion zu gewinnen. Das State Department wollte der Sowjetunion demgegenüber eine stärkere Rolle einräumen. Ross und Zoellick fürchteten gar, andernfalls könne die Bundesrepublik den Versuch machen, ihrerseits allein mit der Sowjetunion zu verhandeln, wodurch die USA ihre Einwirkungsmöglichkeiten verlören. Dies war eine abwegige Befürchtung, hatten doch Kohl und Genscher – mit der einen Ausnahme des Zehn-Punkte-Plans – immer auf eine sehr enge Abstimmung nicht allein mit den USA, sondern seit Anfang Januar 1990 erneut auch mit Frankreich und anderen Verbündeten Wert gelegt. Andererseits konnte die Bundesregierung nicht davon

⁹ Zelikow / Rice: Sternstunden, S. 165 f. Küsters / Hofmann: Deutsche Einheit, S. 84 f.

absehen, dass die Ausreisewelle und die Fluchtbewegung aus der DDR enorm anschwoll und sich noch immer verstärkte. Allein im Jahre 1989 hatten fast 350.000 Personen die DDR verlassen – bei 16 Millionen Einwohnern eine beträchtliche Zahl.

Die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 brachten einen Sieg der durch die CDU geführten "Allianz für Deutschland". Sie bildete eine große Koalition unter Führung des CDU-Politikers Lothar de Maizière, in der auch die SPD vertreten war. Nachdem sich die Mächte auf das Verfahren geeinigt hatten, begannen im Mai 1990 die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen der Außenminister, die bis Juli 1990 abgeschlossen wurden. Die Vereinbarungen dienten als Ersatz für einen Friedensvertrag und sahen die endgültige Anerkennung der bestehenden Grenzen durch Beschlüsse des Deutschen Bundestages und der nun demokratisch gewählten Volkskammer der DDR vor.

Der entscheidende Durchbruch in der Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland gelang in zwei Schritten, beim Besuch Michail Gorbačevs in Washington vom 30. Mai bis 3. Juni 1990 sowie beim Besuch Helmut Kohls in Moskau bzw. dem Ferienort Gorbačevs am 15. und I7. Juli 1990. Die Stärke der Bundeswehr wurde auf 370.000 Mann festgelegt.

Auch bei der Vorbereitung der beiden wichtigsten Treffen haben sich Bush und Kohl jeweils in Telefongesprächen eng abgestimmt. So sagte der Bundeskanzler dem amerikanischen Präsidenten am 30. Mai, beide Staaten müssten gegenüber Gorbačev in Bezug auf eine bedingungslose NATO-Mitgliedschaft Deutschlands unbedingt hart bleiben. Mat 3. Juni erklärte der Präsident in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Gorbačev, der beiderseitige Verhandlungen über die Formulierung vorausgegangen waren: Ein "vereinigtes Deutschland solle Vollmitglied der NATO sein". Auch wenn Gorbačev diese Ansicht nicht teile, seien beide "in voller Übereinstimmung, dass die Frage der Bündniszugehörigkeit gemäß der Schlussakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschieden werden müsse". Mat der Vollmitglied der Deutschen entschieden werden müsse". Mat der Vollmitglied der Schlussakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschieden werden müsse". Mat der Vollmitglied der Schlussakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschieden werden müsse". Mat der Vollmitglied der Mat der Vollmitglied der Schlussakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschieden werden müsse". Mat der Vollmitglied der Mat der Vollmitglied der Schlussakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschieden werden müsse". Mat der Vollmitglied der der Vol

Die Frage, ob das Treffen vom 31. Mai bis 3. Juni in Washington bereits die Akzeptanz Gorbačevs für die NATO-Mitgliedschaft gebracht hat, ist in der Forschung umstritten. Eindeutig ist indessen die Formulierung von George Bush im Fernschreiben an Helmut Kohl am 4. Juni 1990:

"In dem Maße, wie wir den sowjetischen Sicherheitsinteressen außerhalb der 2+4-Gespräche Rechnung tragen können, werden unsere Chancen steigen, dass wir Gorbačev dazu bewegen können, ein vereinigtes Deutschland als volles Mitglied der NATO zu akzeptieren". 12

-

¹⁰ Küsters / Hofmann: Deutsche Einheit, S. 1161.

Ebd., S. 1178: Public Papers of the Presidents of the Unites States, George H. W. Bush, 1989, Book 1, January 20 to June 30, Washington 1989, S. 756. Baker: Drei Jahre, S. 226. Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 723.

¹² Küsters / Hofmann: Deutsche Einheit, S. 1178 f.

Die Hinweise von Bush bezogen sich auf den NATO-Gipfel und die bilateralen Beziehungen mit der Sowjetunion. Tatsache ist also, dass Gorbačevs Zustimmung zu Bushs Formulierung ein wesentlicher Fortschritt, noch nicht aber der endgültige Durchbruch war. Dieser kam erst am letzten Tag von Helmut Kohls Besuch bei Gorbačev am 15./16. Juli 1990, der genau an dem Punkt anknüpfte, den Bush bezeichnet hatte.

Bei seiner Mitteilung an Bush über die Verhandlungsergebnisse erklärte der Bundeskanzler am 17. Juli in einem Telefongespräch, er habe mit der von Gorbačev schließlich akzeptierten Formulierung an die Formel von Camp David am 24./25. Februar angeknüpft.¹³ Das Gesprächsergebnis fasste der Bundeskanzler am gleichen Tag in einem Schreiben an Staatspräsident Mitterrand zusammen.¹⁴ Die britische Premierministerin sandte ebenfalls am 17. Juli 1990 ein Schreiben:

"Dear Helmut, I send you my warmest congratulations on the success of your visit to the Soviet Union. Securing President Gorbachev's agreement to a united Germany in NATO is a mighty step forward in the interests of Europe and the West as a whole [...] Warm regards yours ever Margaret". 15

In seiner Laudatio bei der Verleihung des Franz-Josef-Strauß-Preises an George Bush am 13. November 1999 erklärte Helmut Kohl: "Viel weitsichtiger als viele Beobachter in den Vereinigten Staaten, als viele in Europa und auch bei uns in Deutschland, hat George Bush die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa erkannt und die Entwicklungen vorausgeahnt. [...] Für George Bush war von Anfang an klar, dass der gemeinsame Wille der Deutschen zu Einheit und Freiheit, dass das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes Vorrang haben muss vor allen geopolitischen Überlegungen von europäischem Gleichgewicht und Machtbalance. [...] Wir haben nicht vergessen, dass es seine Unterstützung war, die uns auch geholfen hat, die aus den bitteren Erfahrungen unserer Geschichte kommenden Vorbehalte mancher unserer westlichen Partner und Verbündeten bei der Wiedervereinigung aus dem Weg zu räumen. [...] Die Tatkraft von George Bush hat entscheidend dazu beigetragen, dass in unglaublich kurzer Zeit von knapp elf Monaten die deutsche Einheit Wirklichkeit wurde. [...] Mit dem Namen des 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten, mit Präsident George Bush ist die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit untrennbar verbunden".16

¹³ Ebd., S. 1372.

¹⁴ Ebd., S. 1374f.

¹⁵ Ebd., S. 1377.

¹⁶ Franz-Josef-Strauß-Preis 1999. Dokumentation der Preisverleihung an George Bush, Grünwald 1999, S. 60 ff., 75.

Helmut Kohl – Kanzler der deutschen Einheit Von Horst Möller

1. Je länger die deutsche Teilung dauerte, desto weniger Deutsche glaubten an die Möglichkeit der Wiedervereinigung, selbst das verfassungsrechtlich bindende Gebot in der Präambel des Grundgesetzes, die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit zu vollenden, wurde in weiten Teilen der Öffentlichkeit als deklamatorisch angesehen. Als der damalige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß 1973 eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Frage erzwang und es die unveränderte Gültigkeit dieses Gebots bekräftigte, legten ihm das seine politischen Gegner als Kalte-Kriegs-Politik aus. Als Bundeskanzler Helmut Kohl am 7. September 1987 – also gut zwei Jahre vor dem Zusammenbruch der DDR - in seiner Begrüßungsrede für den DDR-Staatsratsvorsitzenden in Bonn erklärte: "Die Bundesregierung hält fest an der Einheit der Nation, und wir wollen, daß alle Deutschen in gemeinsamer Freiheit zueinander finden können", sprachen seine Kritiker von "Wiedervereinigungsrhetorik". Noch am 11. Mai 1989 erklärte der damalige niedersächsische Ministerpräsident und spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder: "Ich kann mir eine Einheit, die die Wiederherstellung des Nationalstaates zum Ziel hätte, unter den Bedingungen wie ich sie erwarte, nicht vorstellen [...]". Und der damalige ebenfalls sozialdemokratische Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, sagte keine zwei Monate vor der Öffnung der Berliner Mauer am 14. September 1989: Die "zurzeit stattfindenden Übungen in Wiedervereinigungsrhetorik helfen niemandem [...]. Es geht nicht um Wiedervereinigung, sondern es geht darum, daß die DDR ihre Krise löst und daß den Menschen die Selbstbestimmung gewährt wird, die sie selbst wollen". Das neue Grundsatzprogramm der SPD vom Januar 1989 betonte zwar das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, doch müsse offen bleiben, "ob und in welcher Form die Deutschen in beiden Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden". Diese Formulierungen waren zumindest unentschieden, vielleicht ein bewusst zweideutiger Kompromiss, zumal es auch in der SPD weiterhin Befürworter der Wiedervereinigung gab.

In den europäischen Nachbarländern sahen die führenden Politiker die Wiedervereinigung eher noch skeptischer, obwohl über Jahrzehnte hinweg der Anspruch der Bundesrepublik Deutschland auf die deutsche Einheit verbal akzeptiert worden war. Entscheidend aber blieb: Alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik waren auf diesen grundgesetzlichen Auftrag verpflichtet und mussten folglich die deutsche Frage völkerrechtlich offenhalten. Da diese Rechtsposition jedoch bei immer mehr Politikern und in der öffentlichen Meinung zunehmend fraglicher wurde, gewann das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagen-Vertrag, das die Bayerische Staatsregierung auf Druck von Strauß durch ihre Klage herbeigeführt hatte, seine fundamentale politische Bedeutung. Trotzdem unterliegt es keinem Zweifel: Weder für alle Regierungen der Nachbarstaaten, noch für die engeren Verbündeten, noch für alle deutsche Spitzenpolitiker war die Wiederver-

einigung ein unbestrittenes und selbstverständliches Ziel, obwohl es vom Grundgesetz vorgegeben wurde.

2. Die längerfristige Entwicklung nach 1945 hatte infolge des Kalten Krieges die Teilung Deutschlands und Europas vertieft. Trotz gemeinsamer Sprache, Kultur und Herkunft, trotz vieler verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Verbindungen, trotz der durch Rundfunk und Fernsehen gegen den Willen der DDR-Führung aufrecht erhaltenen Kommunikationseinheit zwischen West und Ost war die wachsende Kluft innerhalb Deutschlands, die durch die ständige DDR-Propaganda und andere Maßnahmen vergrößert wurde, unverkennbar. Chancen, wenigstens mentalitätsmäßig die Einheit der Nation zu bewahren, erwuchsen aus einer Reihe von Abkommen seit den 1970er Jahren, die Kontakte ermöglichten, vor allem aber aus Abschwächungen des Ost-West-Gegensatzes. Doch tatsächlich blieben solche Chancen politisch begrenzt, wie mehrere Tauwetterperioden, z. B. partiell erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen oder der KSZE-Prozess 1973/1975 zeigten. Stärkere Wirkungen konnten nur von innerkommunistischen Reformprozessen bzw. einer Schwächung der beherrschenden Führungsmacht des Warschauer Paktes – der Sowjetunion – ausgehen. Und hier lagen im letzten Jahrzehnt vor dem Zusammenbruch der DDR die entscheidenden Voraussetzungen für die Chancen auf Wiedervereinigung. Trotz aller autonomen Entwicklung innerhalb der SED-Diktatur blieb sie machtpolitisch von der Sowjetunion abhängig.

Zwei Ursachen stehen am Beginn der Auflösungserscheinungen des Sowjetblocks, die auch die innerdeutsche Entwicklung bedingten, die erste und ausschlaggebende liegt in der Sowjetunion selbst: Die nach dem Doppelbeschluss der NATO 1979 beginnende Nachrüstung überforderte die wirtschaftlich aufgrund ihrer kommunistischen Systemzwänge schwächelnde Sowjetunion. Das inzwischen gerontokratische, wenn nicht sklerotische Führungssystem der KPdSU war nicht in der Lage, notwendige Reformen durchzuführen. Als der neue Generalsekretär Michail Gorbatschow mit zunächst zaghaften Reformen begann, geschah es in letzter Minute oder schon zu spät. Eingedenk der generellen Diagnose von Alexis de Tocqueville, der gefährlichste Augenblick für ein schlechtes Regierungssystem ist der der Reform.

Wenngleich sich in den Nachkriegsjahrzehnten immer wieder Aufstände und Proteste im kommunistischen Machtbereich ereigneten, beispielsweise am 17. Juni 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag, schlug die Rote Armee sie blutig nieder. Doch entwickelte sich seit 1980 mit der Solidarność in Polen eine anwachsende organisierte Arbeiteropposition, der das Regime trotz des verhängten Kriegsrechts nicht wirklich Herr werden konnte. Dieses erste Beispiel einer kommunistischen Diktatur, in der es trotz brutaler Maßnahmen nicht gelang, die Opposition zu unterdrücken, erwies sich als Menetekel auch für die anderen Diktaturen und damit als zweiter wesentlicher Faktor für deren Machtverlust während der 1980er Jahre. Zugleich bildete seit 1974 der menschenrechtliche sogenannte Korb III des Helsinki-Vertrages einen Berufungsgrund für Dissidenten, dem die DDR-Führung unter Honecker mit einem starken Ausbau des Repressionsapparats

des Staatssicherheitsdienstes zu begegnen versuchte. Trotzdem entwickelten sich in der DDR, zum Teil unter kirchlichem Dach, Friedens- und Umweltbewegungen, die immer stärker oppositionellen Charakter annahmen. Die Ausbürgerung der Liedermachers Wolf Biermann 1976 bildete einen Kristallisationspunkt für viele Künstler und Schriftsteller in der DDR, die ihre marxistischen (!) Ideale von der realsozialistischen Funktionärsdiktatur verraten fühlten.

Aufgrund dieser Voraussetzung verstärkte sich die Bürgerrechtsbewegung, sie wuchs durch immer zahlreicher werdende offene Ausreisewünsche in die Bundesrepublik zu einem Massenprotest an, der in eine friedliche Revolution mündete. Für ihren Erfolg entscheidend wurde, daß die sich durch Gorbatschows Reformkurs verändernde Sowjetunion nicht mehr den Willen – und auch nicht mehr die Kraft – besaß, die Proteste wie in der Vergangenheit niederzuschlagen. Diese Entwicklung bedeutete zunächst nur die Schwächung und schließlich den Machtverlust der SED-Diktatur, jedoch keineswegs die Demokratisierung der DDR oder gar die Wiedervereinigung Deutschlands, weil sie nur in einem komplizierten internationalen und innerdeutschen Prozess erreichbar war. Doch erwuchsen aus der friedlichen Revolution die Voraussetzungen, auf denen die Bundesregierung agieren konnte.

3. Nun kam die Stunde Helmut Kohls, der zur schwindenden Zahl derer gehörte, die stets entschieden am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten hatten, mochte dieses Ziel auch noch in weiter Ferne liegen. Nach der Maueröffnung am 9. November 1989 gelang es ihm, gegen vielfältigen und entschiedenen, vor allem internationalen, aber auch manchen innerdeutschen Widerstand, alle genannten Voraussetzungen optimal zu bündeln und die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung der internationalen Politik zu bringen. Für diese Politik aber gab es außerhalb Deutschlands zunächst kaum Verbündete. Und es wird oft vergessen, dass die ,alte' Bundesrepublik auch 1989 kein vollständig souveräner Staat war: Nach dem Deutschland-Vertrag von 1955 blieben die ursprünglichen Besatzungsmächte sowohl für Deutschland als Ganzes als auch für das völkerrechtlich unter Vier-Mächte-Verantwortung stehende Berlin zuständig, auch Westberlin war trotz der engen Bindungen rechtlich kein Teil der Bundesrepublik. Ohne die vier Mächte konnte es keine Wiedervereinigung geben, weswegen trotz aller komplizierten, 1990 vor allem von Wolfgang Schäuble geführten innerdeutschen Verhandlungen, das internationale Parkett entscheidend wurde, auf dem es außer den vier Mächten selbst noch zahlreiche weitere Mitspieler gab, wegen der zwar nicht politisch, doch völkerrechtlich ungeklärten Frage der Oder-Neiße-Grenze auch Polen.

Einer der ganz Wenigen, die sehr früh eine Wiedervereinigung ins Auge fassten und sie unterstützten, war der amerikanische Präsident George W. Bush sen. Schon im Mai 1989 dachte er angesichts der Krisen im Sowjetblock über eine mögliche Lösung der deutschen Frage nach. Alte Verbündete Helmut Kohls, wie der französische Präsident François Mitterrand, blieben zögerlich bis ablehnend, andere wie die britische Premierministerin Margret Thatcher oder der italienische Premier Giulio Andreotti erwiesen sich als harte kompromisslose Gegner der deutschen Vereinigung. Zu den wenigen internationalen Unterstützern zählten der

französische Präsident der EU-Kommission Jacques Delors, der ehemalige französische Verteidigungsminister François Léotard und der spanische Premierminister Felipe Gonzales. Michail Gorbatschow, der das unschätzbare Verdienst hat, weder in Polen noch in der DDR militärisch eingreifen zu lassen und durch dieses besonnene Verhalten unabsehbares Blutvergießen verhinderte, wollte indes keineswegs die Wiedervereinigung, schon gar nicht in Verbindung mit der NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands. Vielmehr musste sie ihm unter dem Druck der Verhältnisse, unter denen seine Regierung stand und der wirtschaftlichen Schwäche der Sowjetunion, mühsam abgerungen werden. Zwar hielt auch er die DDR, wie alle kommunistischen Regimes, für reformbedürftig, doch abschaffen wollte er sie keineswegs. So zählte Michail Gorbatschow zu den Vätern der Wiedervereinigung, jedoch eher als Getriebener, nicht wie George W. Bush sen, als Treibender.

4. Auch innerhalb Deutschlands fand die Wiedervereinigungspolitik Kohls keineswegs nur Unterstützer. Der Schriftsteller Günter Grass lehnte die Wiedervereinigung mit der absurden Begründung ab, ein Volk, das Auschwitz verursacht habe, habe das Recht auf Einheit verwirkt. Der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, sprach sich ebenfalls gegen die Wiedervereinigung aus; innerhalb der westdeutschen Linken überwog generell die Skepsis, die im übrigen auch einer der Architekten der sozial-liberalen Ostpolitik, Egon Bahr, teilte, obwohl er später die Ostpolitik als entscheidenden Schritt zu Wiedervereinigung bezeichnete.

Und selbst in der Bürgerrechtsbewegung der DDR, deren großes, unverzichtbares Verdienst die friedliche Revolution bleibt, herrschten zum Teil diffuse Vorstellungen über einen 'dritten Weg', den eine reformierte DDR gehen könne, über die Neutralisierung eines vereinigten Deutschlands u. a.m.: Die Zwei-Plus-Vier-Gespräche bildeten ein instruktives Beispiel nicht nur für solche Überlegungen im DDR-Außenministerium Markus Meckels, sondern auch für Versuche des zeitweiligen Ministerpräsidenten Hans Modrow oder Gregor Gysis, den französischen Staatspräsidenten Mitterrand gegen die Wiedervereinigung einzunehmen. Gysi erklärte unter anderem, eine Wiedervereinigung würde den Sieg der politischen Rechten in Europa bedeuten.

In Frankreich herrschten, zwar nicht bei der Bevölkerung, die mit 65 bis 70 Prozent eine große Zustimmung zur Wiedervereinigung bewies, aber bei einem Teil der politischen und wirtschaftlichen Eliten große Befürchtungen vor einem politisch und wirtschaftlich übermächtigen Deutschland, weshalb Mitterrand zumindest eine vorherige oder besser gleichzeitige Intensivierung der europäischen Integration forderte. Der Glücksfall bestand darin, dass er bei Kohl auf offene Ohren stieß, weil der Bundeskanzler von Beginn an die Wiedervereinigung europäisch einbetten wollte. So oder so: Von den vier wichtigsten Mächten war nur eine – die USA, wo allerdings auch unterschiedliche Positionen zwischen Weißem Haus und Foreign Office existierten – ohne Wenn und Aber auf Seiten Helmut Kohls, die meisten anderen europäischen Staaten waren ebenfalls keine Befürworter der Wiedervereinigung. Natürlich besaß diese Ablehnung weniger aktuelle politische Gründe, vielmehr spielte die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg

und die Unterdrückung großer Teile Europas durch das nationalsozialistische Deutschland eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die diplomatische Kunst Kohls bestand nun darin, sowohl die Besorgnisse zu zerstreuen, als auch die letztlich ausschlaggebende Unterstützung aller vier zumindest aber dreier Mächte zu gewinnen. Und da nach einem vielzitierten Wort es in dieser deutschen Existenzfrage nicht allein um die westlichen Verbündeten ging, sondern der Schlüssel zur Wiedervereinigung in Moskau lag, musste vor allem Gorbatschow gewonnen werden, auf dessen Weigerung nicht allein Margret Thatcher hoffte, aber eben auch Mitterrand. Polen musste zumindest aus der engsten Entscheidung herausgehalten und über die Grenzfrage beruhigt werden – diese aber wurde wegen der Vertriebenen, die damit endgültig auf ihre ursprüngliche Heimat, die früheren deutschen Ostgebiete, verzichten mussten, zu einem zusätzlichen innerpolitischen Problem. Helmut Kohl wusste genau, dass an der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnischer Grenze kein Weg vorbeiführte, doch brauchte er, was jedoch allerorten missverstanden wurde, bis zum definitiven Erfolg ein doppeltes Faustpfand – nicht allein gegenüber Polen, sondern auch gegenüber den Vertriebenen.

Helmut Kohl hatte sich in seiner bis dahin siebenjährigen Amtszeit ein großes Vertrauenskapital erworben, das nach anfänglichen Irritationen wegen eines missglückten Interviews auch für das Verhältnis zu Gorbatschow galt. Er hatte durch seine rücksichtsvolle, die kleineren europäischen Partner einbindende Politik großes Ansehen in der EU gewonnen. Jeder kannte ihn als überzeugten Europäer und Friedenspolitiker, der alles andere als ein deutscher Nationalist war. Diese persönliche Vorgeschichte, die mehr und mehr auch seine Kontakte zu den Reformkräften in Polen und Ungarn umfasste, erwies sich als Voraussetzung seiner Überzeugungsarbeit, dass kein Nachbar etwas von einem wiedervereinigten Deutschland zu befürchten habe.

Als wesentlich erwies sich ein dosierter Zeitplan, weil viele Reaktionen auf die deutsche Entwicklung nicht in direkter Ablehnung bestanden, sondern im Versuch, die Wiedervereinigung hinauszuzögern. Als Kohl deshalb seinen weder mit dem Koalitionspartner FDP, noch mit den Verbündeten abgesprochenen 10-Punkte-Plan am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag im Alleingang verkündete, bildete dies ein großes Risiko, wie die auf dem Fuße folgenden ablehnenden bis empörten Reaktionen zeigten. Doch hatte Helmut Kohl, der seit dem 9. November die neue Chance zur Wiedervereinigung erkannte und mit George W. Bush sen. immer entschiedener auf sie zuzusteuern begann, richtig kalkuliert: Zum einen konnte ihm tatsächlich niemand Übereilung vorwerfen, sah der Plan doch eine zeitliche Streckung des Wiedervereinigungsprozesses vor. Zum anderen ging es schließlich gar nicht mehr um einzelne Inhalte des Plans, weil die Bürgerrechts-, Protest- und Ausreisebewegung aus der DDR eine immer größere Dynamik erzeugte, auf die die Politik reagieren musste, wollte sie nicht unkalkulierbar überrollt werden.

Entscheidend blieb am 10-Punkte-Plan deshalb nur eins: Der Bundeskanzler hatte damit den klaren Willen der Bundesrepublik Deutschland bekundet, jetzt den Prozess der Wiedervereinigung entschieden voranzutreiben, hatte doch Hel-

mut Kohl früher als die Meisten erkannt, wie eng der zeitliche Spielraum, das sogenannte Zeitfenster, war. Nicht punktgenau zu handeln, barg die Gefahr, die einmalige, zu diesem Zeitpunkt unverhoffte Chance zur Wiedervereinigung zu verspielen. Helmut Kohl zurrte mit seinem Überraschungscoup des 10-Punkte-Plans die internationale Agenda gegen den Willen der (mit Ausnahme der USA) wichtigsten Partner fest: Bloß indirektes Torpedieren dieses Ziels wurde immer schwieriger, die anderen Regierungen mussten sich in den nächsten Wochen und Monaten so oder so zur deutschen Politik stellen. Von nun an begann Kohls internationale Gipfeldiplomatie, die ohne Zweifel eine Meisterleistung war. Mit ihr näherte sich die Bundesrepublik nun Schritt für Schritt dem Jahrzehnte lang erklärten, aber nie in konkretes Handeln umsetzbaren Ziel der deutschen Einheit: Die wachsende innerdeutsche Dynamik nutzte Helmut Kohl schon seit der Maueröffnung als geschicktes Druckmittel. Nach und nach gelang es dem Bundeskanzler, ab Januar 1990 zunächst Mitterrand zu überzeugen, dann in mehreren Schritten bis zum Sommer 1990 Gorbatschow. Dabei erwies sich der amerikanische Präsident George Bush insbesondere beim Besuch des sowjetischen Generalsekretärs in Washington Ende Mai 1990 als entschiedenster Unterstützer, blieb doch bis zum Juli 1990 die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland strittig – sie aber war eine der Bedingungen der USA für die Wiedervereinigung, aber auch Kohls, nicht aber unbedingt Außenminister Hans-Dietrich Genschers.

In dem Verhandlungsmarathon gab es immer wieder Fortschritte und Rückschritte und ab 18. März 1990 erstmals eine durch freie Wahlen legitimierte Volkskammer in der DDR und eine durch sie gewählte Koalitionsregierung aus CDU und SPD, geführt von Lothar de Maizière (CDU). Seit der Erstürmung der Stasi-Zentrale in Berlin im Januar 1990 sowie dem sogenannten "Runden Tisch" spielten die Bürgerrechtler bzw. neu gegründete oder, wie im Falle der SPD wiedergegründete, demokratische Parteien nun ihrerseits eine eigenständige Rolle in diesem Prozess. Tatsächlich bestand er aus unterschiedlichen parallelen Entwicklungen, die aber durch die internationalen Entscheidungen freigesetzt wurden. Beteiligt waren schließlich viele Bundesministerien, Bundesminister und hohe Beamte, beispielsweise aus dem Bundeskanzleramt, dem Bundesfinanzministerium oder dem Auswärtigen Amt, insbesondere in den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen der Außenminister, bei denen Hans-Dietrich Genscher im Verein mit seinen Kollegen eine wesentliche Rolle spielte. Am Ende aber besaßen nur Genscher, der amerikanische Außenminister James Baker und der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse wirklichen Einfluss auf diesen Teil der Verhandlungen.

Entscheidend wurden schließlich zum einen das dialektische Verhältnis, in dem Helmut Kohl und François Mitterrand die europäische Integration und die Wiedervereinigung vorantrieben, zum anderen die Fortschritte bei Kohls Verhandlungen mit Gorbatschow, die im Juli 1990 mit dem sowjetischen Zugeständnis der NATO-Mitgliedschaft, der Zusage des terminierten Abzugs der sowjetischen Armee in der DDR endete. Dieser komplizierte Abzug, der mit Bediensteten und Angehörigen etwa 500.000 Menschen betraf, wurde durch finanzielle Zu-

geständnisse der Bundesregierung in zweistelliger Milliarden-Höhe (in DM) ermöglicht, für die Helmut Kohl und Theo Waigel sich zu Recht einsetzten.

Im Ergebnis brachten diese Verträge mit dem rechtlich zum 3. Oktober 1990 vollzogenen Beitritt der fünf in der DDR wiedergegründeten Länder zur Bundesrepublik und dem Abzug der Roten Armee, der bis 1994 erfolgte, eine fundamentale, ja revolutionäre Veränderung der europäischen, ja der Weltpolitik sowie der politischen und materiellen Lebensbedingungen der bisher unterdrückten Nationen. Am Endpunkt des gesamten Prozesses 1991 erfolgte die Auflösung der Sowietunion, nachdem sich zuvor schon der Warschauer Pakt aufgelöst hatte. Damit endete die politische und militärische Beherrschung nicht allein der DDR durch die Sowietunion, sondern ganz Ostmitteleuropas, so dass indirekt auch diese Staaten von der Wiedervereinigung und direkt vom Abzug der Roten Armee profitierten. Die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze beseitigte den Schwebezustand zwischen dem faktischen Vollzug der Abtrennung ehemals deutscher Ostgebiete und der offenen Rechtsfrage. Die Lösung der deutschen Frage, also die Wiedervereinigung, betrieb Helmut Kohl in intensiven Verhandlungen und damit erstmals in der deutschen Geschichte ausschließlich friedlich und schließlich, nach langem Widerstreben der meisten Beteiligten im europäischamerikanischen Konsens. Damit wurde ein struktureller, jahrzehntelanger politischer Gefahrenherd in der Mitte Europas beseitigt. Die Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 erwies sich als nachhaltigstes und größtes europäisches Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts. So wenig eine solch gigantische Leistung von einem einzelnen Staatsmann zu erbringen ist, so unbezweifelbar zeigen die inzwischen in großer Zahl zugänglichen bzw. veröffentlichten Dokumente, dass Helmut Kohl hieran (unterstützt vor allem von George W. Bush sen.) den größten Anteil hatte.